
Siegfried Bleicher

Ausländerpolitik: Absichten sind kein Ersatz für konkrete Maßnahmen

Siegfried Bleicher, Dipl.-Voiksw., geboren 1940 in Hohenlimburg, gelernter Maschinenschlosser, besuchte nach langjähriger ehrenamtlicher gewerkschaftlicher Tätigkeit die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Seit 1970 leitete er die Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. Er war ab 1975 stellvertretender Landesbezirksvorsitzender, ab 1978 Landesvorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. Auf dem DGB-Bundeskongreß im Mai 1982 in Berlin wurde er in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt. Er ist für die Bereiche Angestellte, Ausländische Arbeitnehmer und Personal zuständig.

Der Reifegrad einer Demokratie ist nicht zuletzt erkennbar am Verhältnis ihrer Bürger zu gesellschaftlichen Minderheiten. Bezogen auf die Bundesrepublik bedeutet dies, daß die soziale Integration ausländischer Arbeitnehmer eine entscheidende Herausforderung für das Gemeinwesen ist. Unverkennbar ist, daß in den letzten Jahren synchron verlaufend mit der Verschärfung wirtschaftlicher und beschäftigungspolitischer Probleme die offene oder „klammheimliche“ Abneigung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern wuchs. Die Abneigung gegenüber Ausländern mit der Tendenz einer Entwicklung zum Ausländerhaß hat ihre Ursachen in einem geradezu klassischen sozialpsychologischen Prozeß. Mit der Zunahme gesellschaftlicher und ökonomischer Probleme verstärkt sich die Suche nach allzuoft sehr vordergründigen Ursachen dieser Entwicklung.

Die Tatsache, daß in den Ballungszentren der Bundesrepublik Wohnungsnot herrscht, wird nach diesem Muster sehr schnell den 4,7 Millionen Ausländern angelastet. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit scheint überwindbar, wenn man die ausländischen Arbeitnehmer „nach Hause schickt“. Schul- und Ausbildungsprobleme werden nicht mehr in einer unzureichenden bzw. nur spurenweise vorhandenen Reformpolitik gesucht, sondern der „Überfremdung“ der Bundesrepublik angedichtet. Selbstverständlich versuchen antidemokratische, rechtsextremistische Kreise, diese Entwicklung für sich zu nutzen. Sog. Bürgeraktionen Ausländer-Stopp können sehr leicht an einen vielerorts noch vorhandenen Provinzialismus, verbunden mit dumpfer Abneigung gegenüber anderen Kulturen, anknüpfen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die zweite und dritte Generation der Ausländer in einigen Jahren Arbeit und Wohnung suchen wird, wird deutlich, daß die Ausländerpolitik eine entscheidende Herausforderung der Sozial- und Gesellschaftspolitik in den achtziger und neunziger Jahren sein wird.

Die beschriebenen Entwicklungen und Tendenzen sollen allerdings nicht dazu führen, undifferenziert von einem allgemeinen Ausländerhaß in der Bundesrepublik zu sprechen. Insbesondere in den Betrieben ist kein Ausländerhaß als allgemeines Phänomen festzustellen. Trotz vieler Schwierigkeiten kann angemerkt werden, daß ausländische Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen schnell integrierbar sind. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, daß in der Arbeitswelt in diesem Zusammenhang keine großen Probleme vorhanden sind. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der ausländischen Arbeitnehmer unterscheidet sich nicht von dem der übrigen Arbeitnehmer. In manchen Regionen und in einigen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften sind viele Nationalitäten, sogar überproportional, organisiert. Diese Tatsachen verdeutlichen, daß der Betrieb in der Tat nicht nur Produktionsort, sondern auch ein Ort sozialer Beziehungen ist, der Solidarität weitaus stärker fördert als manch ein anderer Bereich unserer Gesellschaft. Die organisationspolitischen Erfolge der Gewerkschaften in der Ausländerarbeit dürfen allerdings nicht zur Selbstzufriedenheit führen. Kritisch muß festgestellt werden, daß auch in vielen Bereichen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ausländerarbeit - und damit Ausländerpolitik - als „lästige Notwendigkeit“ betrachtet wird.

Eine Verstärkung unserer gewerkschaftspolitischen Initiativen ist deshalb auch in diesem Feld notwendig. Dabei sind sicher große Schwierigkeiten zu bewältigen. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Vorurteile gegenüber ausländischen Arbeitnehmern auch ein Problem deutscher Arbeitnehmer, und damit deutscher Gewerkschaftsmitglieder, ist. Dies kommt nicht von ungefähr. Ausländische Arbeitnehmer kommen am meisten mit deutschen Arbeit-

nehmern zusammen. Die Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern mit den bekannten Wirkungen spielen sich nicht in grünen Vororten des liberalen Bürgertums ab, das sich derzeit besonders herzlich mit Ausländerproblemen beschäftigt. Wenn man in gediegenen Seminaren oder bei mancher Straßenaktion in den Fußgängerzonen der Großstädte mit einigen „Vorzeigerausländern“ zusammen den durchaus lobenswerten Versuch unternimmt, Ausländerabneigung zu bekämpfen, kennt man noch lange nicht die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer. Wenn man ausländerpolitische Gesprächskreise am Kamin durchführt, weiß man wenig über die erschreckende Wohnsituation vieler Ausländer, aber auch vieler Deutscher.

Für die Gewerkschaften muß Ausländerpolitik deshalb weitaus konkreter und konsequenter sein als für andere Organisationen, die Ausländerarbeit mehr oder weniger als Almosenvergabe begreifen. Die vorhandene Abneigung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern wird langfristig nur zu überwinden sein, wenn die Prinzipien von Solidarität und Toleranz - entscheidende Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung - mehr als bisher zur gesellschaftlichen Realität werden. Dies setzt allerdings auch voraus, daß die materiellen und sozialen Voraussetzungen geschaffen werden, um von einem Gegeneinander bzw. Nebeneinander zu einem Miteinander von Ausländern und Deutschen zu kommen. So verstandene Ausländerpolitik ist Teil einer umfassenden Reformpolitik, wie sie die Gewerkschaften fordern. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit dem Ziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ist in diesem Zusammenhang genauso wichtig wie verstärkte Initiativen im sozialen Wohnungsbau oder die Fortführung notwendiger Maßnahmen der Schul- und Bildungspolitik.

Allgemeine Erklärungen oder gar politische Sonntagsreden für die gesellschaftliche Integration der Ausländer werden nicht weiterführen. Auch in der Ausländerpolitik ist konkretes, politisches Handeln weitaus wichtiger als allgemeine Schönredereien.

Der Begriff der sozialen und gesellschaftlichen Integration ausländischer Arbeitnehmer wird sehr unterschiedlich definiert. Aus gewerkschaftlicher Sicht muß es darum gehen, für die Ausländer, die derzeit in der Bundesrepublik leben und arbeiten, gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Formal mag dies heute schon der Fall sein, in der Realität noch nicht. Ausländerintegration darf selbstverständlich nicht bedeuten, daß Arbeitnehmer aus anderen Ländern gänzlich auf ihre Kultur oder nationale Eigenart verzichten müssen. Dies wäre nicht nur für die ausländischen Arbeitnehmer unerträglich, sondern würde auch die kulturelle Vielfalt, und damit die Weltoffenheit der Bundesrepublik, beeinträchtigen.

Eine so verstandene Integration ausländischer Arbeitnehmer wird nur möglich sein, wenn sich die Zahl der in der Bundesrepublik arbeitenden und lebenden Ausländer in Grenzen hält. Ein unbegrenztes Ausweiten der Ausländerbevölkerung wäre aufgrund der bisherigen Erfahrungen möglicherweise tatsächlich verbunden mit einer Eruption des Ausländerhasses, auch mit politischem Sprengstoff, der sowohl die deutschen als auch die ausländischen Arbeitnehmer gefährdet. Der DGB tritt daher nachhaltig für die strikte Beibehaltung des Anwerbestopps ein.

Darüber hinaus muß endlich das Asylantenproblem unter Berücksichtigung der leidvollen Erfahrungen vieler deutscher Asylanten in der Vergangenheit und strikter Beachtung der Verfassung gelöst werden. Die letzten Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat reichen in diesem Zusammenhang nicht aus. Es geht darum, das Recht auf politisches Asyl für politisch Verfolgte zu stärken. Die Stärkung des Rechtes politisch Verfolgter auf Asyl ist aber nur möglich, wenn der Zuzug sog. Wirtschaftsasylanten tatsächlich gestoppt wird. Auch in der Asylantenpolitik wird in der derzeitigen Diskussion „mit doppeltem Boden“ gearbeitet. Mehr Ehrlichkeit wäre vonnöten. Die Bundesrepublik kann, so bedauernswert dies auch ist, nicht wirtschaftliche Probleme in den Ländern Asiens oder anderer Erdteile auf deutschem Boden lösen. Sie kann dazu beitragen, daß sich die wirtschaftliche Situation in den betroffenen Ländern verbessert. Hier wird der Zusammenhang zwischen Ausländerpolitik und Entwicklungspolitik deutlich.

Diese Zusammenhänge ergeben sich auch bei der Diskussion über die Forderung nach sog. Rückkehrprämien für ausländische Arbeitnehmer. Ausländische Arbeitnehmer müssen sich langfristig entscheiden, ob sie deutsche Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten werden wollen, ohne ihre kulturelle Eigenart aufzugeben, oder ob für sie immer noch das Ziel der Rückkehr in die Heimatländer realistisch ist. Besteht Rückkehrbereitschaft, so ist es durchaus positiv, wenn die Rückkehr in das Heimatland gefördert wird. Höchst zweifelhaft ist allerdings, ob nach sozialen Kriterien eine Rückkehr vertretbar ist, wenn man mit Rückkehrprämien operiert, die z. B. über Kapitalisierungen der Sozialversicherungsbeiträge aufgebracht werden.

Ganz knapp gefragt: Was soll ein türkischer Arbeitnehmer mit DM 10000,- Rückkehrprämie in Anatolien heute anfangen? Wenig! Solange keine Beschäftigungsmöglichkeiten in den Rückkehrländern bestehen, sind Rückkehrprämien illusorisch und treffen nicht das eigentliche Problem. Der Traum vom eigenen Cafe oder vom selbständigen Taxi-Betrieb in der Heimat, den viele ausländische Arbeitnehmer träumen, dürfte sehr schnell von einem bösen Erwachen beendet sein.

Die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sind wirtschaftspolitisch notwendig. Unsere Volkswirtschaft wäre in entscheidenden Bereichen ohne ausländische Arbeitnehmer funktionsunfähig. Diese Einschätzung teilen die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden. Diese gemeinsame Einschätzung kann deshalb auch Grundlage für zukünftiges, gemeinsames Handeln sein.

Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß hat in seinen entsprechenden Beschlüssen die ausländerpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften für die nächsten Jahre festgeschrieben. Nun gilt es zu handeln. Es gibt nicht nur Abneigung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern. Es gibt auch viele allzuwenig bekannte Beispiele dafür, wie vorbildlich die soziale Integration ausländischer Arbeitnehmer entwickelt werden kann. Hier muß angesetzt werden. Dabei wird ebenso wie in anderen wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen ein Konsens zwischen den wichtigsten gesellschaftlichen Organisationen notwendig sein. Eine soziale Integration ausländischer Arbeitnehmer ist möglich. Dies beweisen historische Erfahrungen im Ruhrgebiet und anderen Industriezentren. Selbstverständlich ist die Integration von Menschen aus einem völlig anderen Kulturkreis eine sehr langfristige Aufgabe. Die Gewerkschaften werden im Interesse aller Arbeitnehmer ihren Beitrag weiterhin zur Lösung dieser Aufgabe leisten.